



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

der Endsprint zur Bundestagswahl ist eingeläutet. In den letzten Tagen konnten wir aufholen. Also geht es jetzt in die wirklich entscheidende Phase. Jede Stimme zählt! Lasst uns deshalb für ein sozialdemokratisches Deutschland in Europa kämpfen. In einer globalisierten Welt ist dies unsere einzige Chance, soziale Werte zu schützen und das europäische Sozialmodell stark zu machen. Am 18. September wird das Match erst um 18 Uhr - keine Sekunde früher - abgepfiffen.

Dienstleistungsfreiheit in Europa darf nicht zu Sozialdumping führen

Gerhard Schröder hat es auf dem letzten Parteitag nochmal sehr deutlich gesagt, dass eine SPD-geführte Bundesregierung in Europa dafür sorgen wird, dass Dienstleistungen aus anderen Ländern, in Deutschland nur zu den Lohnbedingungen, zu den Arbeitsschutzbedingungen und zu den ökologischen Bedingungen angeboten werden dürfen, wie sie hier gelten.

Er hat damit dem so genannten "Herkunftslandprinzip", das gerade von CDU/CSU und FDP bei der im Oktober anstehenden Abstimmung im Europäischen Parlament zur Dienstleistungs-Richtlinie hochgehalten wird, eine klare Absage erteilt. Die deutschen Sozialdemokraten wollen damit keine Abschottung der Märkte. Im Gegenteil: der größere Binnenmarkt von mittlerweile 450 Mio. Menschen ist unsere Chance, uns in der Globalisierung zu behaupten. Aber wir brauchen in diesem Binnenmarkt auch klare Regeln.

Das heißt nicht, dass bei uns in Deutschland alles immer in Ordnung wäre. Wir haben viel zu viel Schwarzarbeit, und dies nicht erst seit der Erweiterung der EU. Tante Gerda muss den Klempner eben auch bezahlen können. Aber Sozialdumping ist die falsche Antwort, für alle. Stattdessen muss der Faktor Arbeit, insbesondere bei personennahen Dienstleistungen weiter entlastet werden. Gleichzeitig müssen wir mit vernünftigen Löhnen und einer angemessenen Einkommenspolitik die Nachfrage stärken. Nur so kann Deutschland vorankommen. Wir wollen Sozialdumping verhindern, weil wir nicht akzeptieren, dass die Löhne auf ein Niveau gedrückt werden, von dem man kein anständiges Leben mehr führen kann.

Konservative und Liberale hebeln Gesundheitsschutz in Europa aus

Konservative und Liberale haben diese Woche einmal mehr gezeigt, dass der EU-Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für sie nicht mehr als ein Lippenbekenntnis ist. Mit ihrem Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament zur Richtlinie über die optische Strahlung ignorieren sie die ständig zunehmenden Hautkrebserkrankungen bei Arbeitnehmern, die regelmäßig der direkten Sonnenstrahlung ausgesetzt sind.

Die Richtlinie regelt im Kern regeln, wie Arbeitgeber in der EU ihre Beschäftigten vor zu starker Strahlung besser schützen müssen. Unstrittig war die Setzung von Grenzwerten bei künstlicher Strahlung, wie beispielsweise von Neonröhren, Lasern oder Schweißgeräten. Was die natürliche Strahlung also die Sonnenstrahlung angeht, so wollten die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament lediglich eine Informationspflicht der Arbeitgeber durchsetzen. Merkblätter und Warnhinweise haben auch in der Vergangenheit beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vieles bewirkt. Doch hier scheiterten sie an der konservativ-liberalen Mehrheit im Europäischen Parlament.

Angesichts der Tatsache, dass sich die Zahl der jährlichen Hautkrebserkrankungen in Deutschland seit den 70er Jahren verzehnfacht hat, und vor dem Hintergrund, dass fast 100.000 Menschen pro Jahr an Hautkrebs erkranken, ist es unverantwortlich und zynisch, dass die CDU/CSU die Einführung einer EU-weiten Informationspflicht der Arbeitgeber torpediert hat. Es kommt schließlich nicht von ungefähr, dass 15% der arbeitsbedingten Erkrankungen in Bau- und Landwirtschaft Hauterkrankungen sind. Dies ist nur ein weiteres ernüchterndes Beispiel dafür, dass die Konservativ-Liberalen nicht die Partner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind.

Die SPD-Europaabgeordneten wollen im nun anstehenden Vermittlungsverfahren mit dem Ministerrat alles daran setzen, zu einer verantwortungsvolleren Lösung zu kommen.

Fit für Europa?

Wer uns am Schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält ein Badetuch.

Frage: Wofür kämpfen die Sozialdemokraten gegen Konservative und Liberale im europäischen Gesundheitsschutz?

- a) dass Kellnerinnen in bayrischen Biergärten keine Dirndl mehr tragen dürfen.
- b) dass Bauarbeiter im Sommer von ihren Unternehmen Sonnenschutzmittel gestellt bekommen.
- c) dass Arbeitgeber ihre Mitarbeiter - sofern sie im Freien arbeiten - über die Gefahren der Sonnenstrahlung informieren, damit diese freiwillig die notwendigen Schutzmaßnahmen treffen können.

Die Gewinnerinnen des letzten Quiz sind Karin Horn-Albishausen aus Bad Homburg und Magda Schirm aus Mainz

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de